

Bürgergespräch „Auf ein Wort“ mit Landrat Udo Witschas am 09.10.2025 in Göda – eine Zusammenfassung

Beim Bürgergespräch „Auf ein Wort“ am Donnerstag, 9. Oktober 2025, im Vereinshaus in Göda kamen rund 20 Bürgerinnen und Bürger mit Landrat Udo Witschas, seinen Beigeordneten und den Bürgermeisterinnen der beteiligten Gemeinden ins Gespräch.

Das waren die Themen:

Elektrifizierung der Bahnstrecke Dresden–Görlitz und Ausbau der A4

Ein Bürger aus Göda fragte nach dem Stand der Elektrifizierung der Bahnstrecke Dresden–Görlitz. Landrat Udo Witschas erläuterte, dass derzeit die Strecken Dresden–Hosena sowie Görlitz–Cottbus–Berlin priorisiert seien. Für die Strecke Dresden–Görlitz sei der Wirtschaftlichkeitsfaktor bislang zu gering, um gebaut zu werden. Wenn man den Knotenpunkt Görlitz in den Abschnitt Görlitz–Cottbus–Berlin integriere, werde man eine bessere Wirtschaftlichkeitsbewertung erreichen. Entscheidend sei auch, dass neue wirtschaftliche Entwicklungen – etwa die Ansiedlung von TSMC in Dresden, das Deutsche Zentrum für Astrophysik und die Bundeswehr in Bernsdorf – künftig stärker berücksichtigt werden. Diese Projekte verdeutlichten den Bedarf einer modernen Verkehrsinfrastruktur. Deshalb arbeite der Freistaat derzeit an einer neuen Verkehrsprognose für die Strecke.

Oberbürgermeister Karsten Vogt ergänzte, dass auch beim Thema A4-Ausbau die Region in Konkurrenz zu anderen Ballungsräumen stehe. Mit derzeit rund 40.000 Fahrzeugen täglich an der Anschlussstelle Bautzen-Ost sei die Voraussetzung für einen Ausbau bislang nicht gegeben. Der Freistaat arbeite derzeit jedoch an einer Verbesserung des Lärmschutzes. Landrat Udo Witschas führte aus, dass geprüft werde, ob der Standstreifen künftig als dritte Fahrspur genutzt werden könne. Dies erfordere allerdings neue Verkehrsleittechnik und wäre mit erheblichen Kosten verbunden.

Döberkitz: Entwicklung der Randdörfer, Unterbringung Jugendlicher und Lehrermangel

Eine Bürgerin aus Döberkitz wies darauf hin, dass die zur Stadt Bautzen gehörenden Randdörfer bei der Stadtentwicklung stärker berücksichtigt werden sollten. Oberbürgermeister Karsten Vogt lud sie zu einem persönlichen Austausch ein, um zu besprechen, welche Aspekte aus ihrer Sicht besonders wichtig seien.

Die Bürgerin lobte zudem die Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Ausländer in Döberkitz. Die Einrichtung werde vom Betreiber verantwortungsvoll geführt, die Jugendlichen seien gut integriert, und das Zusammenleben verlaufe ruhig. Als Anregung brachte sie ein, die jungen Menschen gelegentlich in Pflegearbeiten im Schlosspark einzubeziehen.

Sozialdezernentin Kristin Penther dankte für die positive Rückmeldung und erklärte, dass regelmäßig Gespräche zwischen Jugendamt und Betreiber stattfinden. Das Konzept der Einrichtung lege Wert auf Integration und Ruhe. Die Anregung zur Pflege des Schlossparks werde geprüft. Bürgermeister Gerald Meyer ergänzte, dass es zu Beginn Vorbehalte in der Bevölkerung gegeben habe, die sich inzwischen jedoch gelegt hätten. Die Jugendlichen beteiligten sich zuletzt sogar an der 48-Stunden-Aktion.

Zudem sprach die Bürgerin das Thema Lehrermangel an. Landrat Udo Witschas betonte, dass die Zuständigkeit hierfür beim Freistaat liege. Der Landkreis könne nur über gute Rahmenbedingungen – etwa moderne Schulgebäude und digitale Ausstattung – zur Attraktivität des Schulstandorts beitragen.

Vernässung und Gewässerpflege

Ein Bürger aus Göda schilderte, dass sein Grundstück regelmäßig vernässt, da eine Leitung über das Grundstück verläuft. Bürgermeister Gerald Meyer erklärte, dass das Problem bekannt sei und bereits mehrere Gespräche stattgefunden hätten. Eine technische Lösung sei jedoch schwierig.

Ein Bürger aus Gaußig berichtete von einem Wassergraben in seiner Gemeinde, der bei Starkregen übertrete und sein Grundstück erreiche. Zudem sei der Durchlass einer Brücke regelmäßig versandet und unzureichend durchlässig. Bürgermeister Alexander Fischer erklärte, dass die Kontrolle durch die Gemeinde erfolge und bei Bedarf an die Straßenmeisterei gemeldet werde. Künftig wolle die Gemeinde mit einem größeren Bagger selbst für Abhilfe sorgen. Beigeordnete Dr. Romy Reinisch schlug vor, sich die Situation gemeinsam mit der Gemeinde vor Ort anzusehen.

Der Kubschützer Bürgermeister Olaf Reichert wies darauf hin, dass mit dem Wegfall der Gewässerpflegepauschale des Freistaates eine wichtige Finanzierungsgrundlage für Pflegearbeiten entfallen sei. Landrat Udo Witschas ergänzte, dass die Landräte derzeit auf Landesebene prüfen, ob diese Aufgaben künftig wieder zentral von der Landestalsperrenverwaltung übernommen werden könnten.

Bürokratie und kommunale Finanzen

Ein Teilnehmer kritisierte, dass in Deutschland zu viel geredet und zu wenig umgesetzt werde und dass die Bürokratie viele Vorhaben lähme. Zudem seien andere Länder bei dem öffentlichen Erscheinungsbild besser, das habe er bei einem Besuch in Polen gesehen. Dort sei alles sehr sauber, während sich etwa in Bautzen mit zahlreichen verunkrauteten Straßen ein ganz anderes Bild zeige. Landrat Udo Witschas erklärte, dass die Beteiligungsverfahren ein Preis der Demokratie seien, die aber zugleich zu langen Umsetzungszeiten führten. Gleichzeitig habe die Bürokratie inzwischen ein Übermaß erreicht. Er verwies auf die finanzielle Lage der Kommunen: Der Doppelhaushalt des Landkreises Bautzen umfasse rund 1,3 Milliarden Euro, davon entfielen etwa 60 Prozent auf Sozialleistungen. Dies schränke die Handlungsspielräume

erheblich ein. Überhöhte Standards und steigende Kosten machten die Arbeit der Kommunen zunehmend schwierig.

Bauen auf Streuobstwiese

Eine Bürgerin aus Gaußig schilderte ein geplantes Bauvorhaben auf einer Streuobstwiese in Kleebusch. Sie und ihre Familie seien bereit, Ersatzpflanzungen vorzunehmen, erhielten jedoch bislang keine Rückmeldung des Landratsamtes zur planungsrechtlichen Klärung. Bürgermeister Alexander Fischer bestätigte, dass der Vorgang bekannt sei und lediglich eine formale Abstimmung mit dem Landratsamt fehle. Beigeordnete Dr. Romy Reinisch sagte zu, den Stand des Verfahrens zu prüfen und eine zeitnahe Rückmeldung zu veranlassen.

Jugend und Extremismus

Ein Bürger aus Döberkitz äußerte Sorge, dass sich zunehmend Jugendliche rechtsextremen Gruppierungen zuwenden und entsprechende Kleidung tragen. Es bräuchte mehr Sozialarbeiter. Landrat Witschas betonte, dass die Erziehung in erster Linie Aufgabe der Eltern sei. Der Staat könne hier nur ergänzend wirken, etwa durch Schulsozialarbeit, Jugendprojekte oder Sportförderung. Der Landkreis unterstütze über die Ehrenamts- und Sportförderung Vereine, die Kindern und Jugendlichen Werte wie Respekt und Gemeinschaft vermitteln.

Ein weiterer Bürger berichtete von Schwierigkeiten bei der Integration junger Geflüchteter im Fußballverein. Durch Überforderung der einheimischen Jugendlichen habe sich die Mannschaft schließlich aufgelöst. Die anfangs gute Idee der Integration hatte somit leider keine positiven Effekte. Landrat Udo Witschas kündigte an, das Thema beim Kreissportbund anzusprechen, um mögliche Unterstützungsangebote zu prüfen.

Abschließende Fragen

Zum Ende wurde eine Frage eines abwesenden Bürgers eingebracht, ob auf der Straße zwischen Weißenberg und Bautzen Maut-Kontrolltürme aufgestellt werden könnten. Viele Lkw-Fahrer würden die Strecke als Ersatz für die Autobahn nutzen. Die Beigeordnete Dr. Romy Reinisch erklärte, dass hierfür ausschließlich der Freistaat beziehungsweise das Landesamt für Straßenbau und Verkehr (LASuV) zuständig sei. Man werde das Thema aber weitergeben.

Gödas Bürgermeister Gerald Meyer erkundigte sich außerdem nach dem Radweg zwischen Pietzschwitz und Prischwitz. Die Gemeinde sei bereit, sich finanziell zu beteiligen, das Landesamt für Straßenbau und Verkehr (LASuV) plane diesen Abschnitt, aber er stehe aktuell nicht mehr auf der Liste der umzusetzenden Projekte. Beigeordnete Dr. Romy Reinisch sagte zu, den Sachstand beim Freistaat zu erfragen, wies aber darauf hin, dass landesweit nur begrenzte Mittel für Radwegebau zur Verfügung stünden. Bei den Radwegen gebe es daher auch eine strenge Priorisierung.

Informationen des Landkreises

Landrat Udo Witschas informierte über den aktuellen Stand beim geplanten **Bundesforschungszentrum** in Bautzen. Der Bund habe Mittel für Sachsen und Thüringen bereitgestellt; inzwischen beteilige sich auch Baden-Württemberg an der Diskussion. Witschas sprach sich klar für Bautzen als Hauptstandort aus, insbesondere, wenn dort auch angewandte Forschung angesiedelt werde.

Außerdem verwies der Landrat auf das **kommunale Ehrenamtsbudget**. Über die Ehrenamtsbeauftragte des Landkreises könnten kleinere Projekte und Anschaffungen unbürokratisch gefördert werden. Zusätzlich bestehe über das Programm „*Lieblingsplätze*“ die Möglichkeit, barrierefreie Zugänge zu Gebäuden zu fördern.

Der Erste Beigeordnete Jörg Szewczyk informierte über die neuen digitalen Verwaltungsangebote des Landkreises – insbesondere die **Online-Kfz-Zulassung (i-Kfz)** und die **Online-Erledigung von Führerscheinanzelegenheiten**. Diese ermöglichten Bürgerinnen und Bürgern eine schnellere und kostengünstigere Abwicklung ohne Behördengang.